



**Dr. Stefan Kaufmann**

01/2015  
19.01.2015

## Brief aus Berlin

**CDU**

### Liebe Leserinnen und Leser,

am 7. Januar dieses Jahres hat sich bewahrheitet, was sich schon im letzten Jahr abgezeichnet hat: die Zunahme kriegerischer Auseinandersetzungen und Entstehung neuer Unruheherde verändern auch die Sicherheitslage in Europa massiv. Die durch Terrorgruppen im Nahen Osten und auch in Afrika getriebenen Konflikte setzen sich in Anschlägen fanatischer Extremisten hierzulande fort. Hier ist größte Wachsamkeit erforderlich – und auch eine weitere Ertüchtigung unserer Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden. Wir müssen als Gesetzgeber alles tun, was im Rahmen unseres Grundgesetzes möglich ist, um Terroranschläge, wie sie in Paris passiert und in Belgien oder Deutschland geplant waren, zu verhindern. Dabei ist die längere Abrufbarkeit von Daten (sog. Vorratsdatenspeicherung) sicherlich kein hinreichendes, aber jedenfalls sehr hilfreiches Mittel. Das bestätigen alle Experten, die sich mit diesen Fragen in der Praxis beschäftigen. Und noch ein Wort zur Debatte um den Islam in Deutschland. Ebenso, wie es richtig ist, dass hierzulande zahlreiche Muslime friedlich mit und unter uns leben – und damit selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sind – gehört es auch zur Wahrheit, dass von einem unaufgeklärten, radikalen Islam Gefahren ausgehen, über die wir offen sprechen müssen. Verharmlosung hilft nicht. Freiheit und Toleranz sind keine Einbahnstraße und müssen mit ganzer Kraft gegen Fundamentalisten jeglicher Religion und Herkunft verteidigt werden.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich  
Ihr

### Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494

Fax: 030/227-76228

www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:

stefan.kaufmann@bundestag.de

## Entsetzen über Terror – Solidarität mit Frankreich

*Wir stehen in Europa zusammen*

**NOUS SOMMES TOUS  
CHARLIE**

**CDU/CSU**  
Fraktion im Deutschen Bundestag

**Paris / Berlin / Stuttgart** – Die erste Sitzungswoche des neuen Jahres war stark von der Trauer um die Opfer der Terroranschläge in Paris zwischen Mittwochnachmittag, 7. Januar, und Freitagnachmittag, 9. Januar, geprägt. 17 unschuldige Menschen wurden skrupellos von Terroristen ermordet. Diese feigen Taten haben uns erschüttert und fassungslos gemacht. In Frankreich sind am Sonntag mehr als 3,7 Millionen Menschen auf die Straße gegangen, um ihr Mitgefühl mit den Opfern der Terroranschläge und ihren Angehörigen auszudrücken. Und um klar zu machen, wie wichtig ihnen Werte wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind und dass sie Intoleranz und Hass ablehnen. Auch weltweit gab es Solidaritätsbekundungen. In Paris haben rund 50 Staats- und

Regierungschef persönlich an der Trauerveranstaltung teilgenommen und die Verbundenheit mit Frankreich in dieser Zeit gezeigt. Nach einem Treffen mit dem türkischen Minis-

terpräsidenten Ahmet Davutoglu sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Montag, 12. Januar, in Berlin: „Unser früherer Bundespräsident Christian Wulff hat gesagt, der Islam gehört zu Deutschland. Und dieser Meinung bin ich auch.“ Alle Menschen, die die Gesetze ach-

**„Es war ein demonstrativer Angriff auf die freie und offene Gesellschaft, auf unsere geschriebene und ungeschriebene Verfassung, unsere Überzeugungen und unsere Werte.“**

*Bundestagspräsident Norbert Lammert*

teten, hier lebten und die Sprache kennen seien unabhängig von der Religion willkommen. In Stuttgart erleben wir schwäbische Toleranz im besten Sinne. Ich bin froh und dankbar darüber, dass es bislang noch keine Pegida-Demonstration in unserer Stadt gegeben hat – dafür

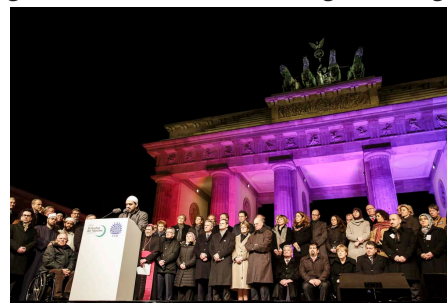


**Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem französischen Staatspräsidenten Francois Hollande und zahlreichen weiteren Staats- und Regierungschefs in Paris © Bundesregierung/Kugler**

– unter Ihnen auch zahlreiche Muslime. Sie sind Teil unserer

Stadtgesellschaft und unseres Alltags. Auf einer Mahnwache für Toleranz und Religionsfreiheit am Dienstagabend, 13. Januar, zu der muslimische Verbände eingeladen hatten, rief Bundespräsident Joachim Gauck alle Menschen in Deutschland unabhängig von Religion und Herkunft zum Einsatz für Demokratie und Weltoffenheit auf. „Wir stellen uns jeder Art von Dämonisierung und Ausgrenzung entgegen“, sagte das Staatsoberhaupt. Etwa 10.000

Menschen fanden sich vor dem Brandenburger Tor zu der Kundgebung ein, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel, zahlreiche Mitglieder der Bundesregierung, Spitzenpolitiker der Oppositionsparteien und viele Vertreter der Zivilgesellschaft. Am Donnerstagvormittag haben wir zu



**Mahnwache am Dienstagabend vor dem Brandenburger Tor © Bundesregierung/Denzel**

Beginn der Plenarsitzung in einer Schweigeminute der Opfer der Terroranschläge gedacht. Bundestagspräsident

Norbert Lammert sagte zu den Anschlägen: „Es war ein demonstrativer Angriff auf die freie und offene Gesellschaft, auf unsere geschriebene und ungeschriebene Verfassung, unsere Überzeugungen und unsere Werte.“ Freiheit sei nur möglich, wenn Zweifel erlaubt ist „an dem, was wir kennen, was wir gelernt haben, was wir wissen, zu wissen glauben, was wir zu glauben gelernt haben“. Der Zweifel sei der Zwillingbruder der Freiheit. Ohne Zweifel an tradierter Positionen und Kritik an [...]

## Brief aus Berlin

CDU

[...] bestehenden Verhältnissen gebe es weder Fortschritt noch Freiheit. Kritisch merkte er an: „Wem unter den Muslimen über rhetorische Floskeln hinaus tatsächlich an Aufklärung gelegen sei, müsse sich als Muslim mit der Frage auseinandersetzen, warum noch immer im Namen Allahs Menschen verfolgt, drangsaliert und getötet werden.“ In einer Regierungserklärung verurteilte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Terroranschläge in Paris und sprach Frankreich die Solidarität Deutschlands aus. Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder, betonte: „Wir stehen in Europa zusammen.“ Merkel unterstrich, die Pressefreiheit

sei „einer der größten Schätze unserer Gesellschaft“, Artikel 5 des Grundgesetzes gehöre zu den wichtigsten Grundrechten. In viel zu vielen Ländern gebe es Pressefreiheit nicht. Die vier Millionen Muslime in Deutschland nahm die Bundeskanzlerin gegen pauschale Schuldzuweisungen in Schutz: „Jede Ausgrenzung von Muslimen, jeder Generalverdacht verbietet sich“ und stellte nochmals klar, dass der Islam wie das jüdische Leben zu Deutschland gehöre. „Allen Formen von Intoleranz müssen wir den Boden entziehen“, sagte Angela Merkel im Bundestag. Langfristig helfe nur Demokratie als Lebensprinzip. Bundespräsident Gauck sagte bei der

## Gedenken an die Opfer der Terroranschläge von Paris



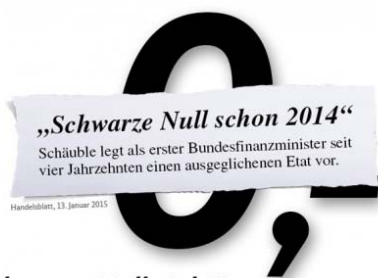
**Stuttgart** – Bereits am Freitag, 9. November habe ich im französischen Generalkonsulat in Stuttgart unweit meines Wahlkreisbüros im Namen der CDU Stuttgart der Opfer des schrecklichen Terroranschlags gedacht und kondoliert. Wir stehen nicht nur in diesen Tagen eng bei unseren französischen Freunden.

Mahnwache am Dienstagabend „Vielfalt braucht Begegnung. Die Distanz zwischen Einwanderern und Einheimischen, die Distanz auch zwischen Eingewanderten unterschiedlicher Herkunft wird noch zu selten überwunden.“ Ich wünsche mir, dass dies für uns ein Vorsatz

für das Jahr 2015 wird, den wir alle beherzt umsetzen. In Stuttgart gelingt uns ein tolerantes Zusammenleben der Kulturen schon gut.

Ein CDU-Flugblatt mit dem Titel „Demokratie und Freiheit verteidigen“ finden Sie im Internet unter: <http://bit.ly/1ubBFUU>

## Bereits Etat 2014 ohne neue Schulden – Zukunftsinvestitionen steigen trotzdem



„Schwarze Null schon 2014“

Schäuble legt als erster Bundesfinanzminister seit vier Jahrzehnten einen ausgeglichenen Etat vor.

Handelblättchen, 13. Januar 2015

### Die schwarze Null steht!

Keine neuen Schulden im Bundeshaushalt 2015 – zum ersten Mal seit 1969!

**Berlin** – Gute Nachrichten gab es am Dienstag, 13. Januar, vom Bundesministerium der Finanzen, das den vorläufigen Abschluss des Bundeshaushalts 2014 vorgelegt hat. Dank höherer Steuer- und Verwaltungseinnahmen sowie Minderausgaben hat der Bund bereits im Etat 2014 keine neuen Schulden auf-

genommen. Ursprünglich war für das Jahr 2014 eine Neuverschuldung in Höhe von 6,5 Milliarden Euro vorgesehen. Damit hat die unionsgeführte Bundesregierung das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ein Jahr früher erreicht als geplant. 2014 war der erste ausgeglichene Haushalt seit 1969. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat damit Geschichte geschrieben. Diesen haushaltspolitischen Wendepunkt haben wir am Mitt-

wochnachmittag, 14. Januar, in einer aktuellen Stunde im Plenum debattiert. Dort haben meine Fraktionskollegen aus dem Haushalts- und Finanzausschuss noch einmal darauf hingewiesen, dass die Union Wort gehalten hat. Wir haben den Haushalt konsolidiert, ohne dafür die Steuern zu erhöhen. Und wir können den

Bürgerinnen und Bürgern sagen: „wir kommen mit dem Geld aus, das Sie uns zur Verfügung stellen“, wie es unser haushaltspolitischer Sprecher Norbert Barthle zusammenfasste. Als Bildungs- und Forschungspolitiker freue ich mich, dass es uns trotz der Haushaltskonsolidierung gelungen ist, konsequent die Mittel

für Bildung, Forschung, Innovation und Wachstum zu erhöhen. Diese Zukunftsinvestitionen tragen dazu bei, dass unser Land wettbewerbsfähig bleibt und wir unseren Wohlstand wahren und mehren können. Nun gilt es, die „Schwarze Null“ zu halten und weiter auf Konsolidierungs- und Zukunftsinvestitionskurs zu bleiben. Dafür will ich mich in Berlin mit ganzer Kraft einsetzen!

Eine Kurzübersicht zum vorläufigen Haushaltsabschluss des Bundes 2014 gibt es beim Bundesministerium der Finanzen: <http://bit.ly/1IQ66Xi>

Das CDU-Flugblatt „Schwarze Null“ finden Sie unter: <http://bit.ly/1CusZhc>

## Positive Bilanz zum nationalen Bildungsbericht

**Berlin** – Der nationale Bildungsbericht 2014 stand am vergangenen Freitagvormittag, 16. Januar, für die Kernzeitdebatte auf der Tagesordnung. Er wird seit 2006 alle zwei Jahre von einer unabhängigen Gruppe von Wissenschaftlern ausgearbeitet. Der

vorliegende fünfte Bericht gibt eine aktuelle Bestandsaufnahme zur Entwicklung des Bildungssystems in Deutschland und stellt die unterschiedlichen Bildungsbereiche in ihrem Zusammenhang dar.

„Wir haben die Weichen richtig gestellt“  
Bundesbildungsministerin  
Johanna Wanka

Dadurch werden übergreifende Herausforderungen im Bildungsbereich sichtbarer. Der Bericht bietet damit eine hilfreiche Basis für bildungspolitische Diskussionen und Entscheidungen.

Zudem trägt er zu mehr Transparenz im Bildungswesen bei. Die Bilanz des Bildungsberichts 2014 fällt insgesamt positiv aus. Bundesministerin Johanna Wanka machte in der Aussprache deutlich, dass sich die Investitionen der letzten Jahre in die [...]

## Brief aus Berlin

[...] Bildung ausgezahlt haben. „Wir haben die Weichen richtig gestellt“, sagte Wanka. So ist beispielsweise die Schulabbrecherquote auf 5,9 Prozent gefallen – 2008 lag sie noch bei sieben Prozent, 2001 bei 9,7 Prozent. Die Entwicklungsrichtung stimmt. Auch beim Thema Bildungsungerechtigkeit stellen wir eine positive Entwick-

Weitere Informationen zum Bildungsbericht gibt es hier: [www.bildungsbericht.de](http://www.bildungsbericht.de)

lung fest. So haben Kinder mit Migrationshintergrund zwischen 2003 und 2012 in der Bildungskompetenz um 24 Prozent zugelegt. Wir können uns darüber freuen, dass sie aufgeholt haben, auch wenn sie leider noch nicht auf dem Niveau von Kindern ohne Migrationshintergrund sind. Der aktuelle Bildungsbe-

richt hat „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem“ zum Schwerpunktthema. Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert und muss deshalb die Forderung nach Eingliederung behinderter Schüler in das allgemeine Schulsystem in nationales Recht umsetzen. Die bestmögliche Inklusion in allen Altersgruppen bedarf weiterer Anstrengungen. Es braucht

mehr belastbare Erkenntnisse, wie erfolgreiche Inklusion in der Praxis aussieht. Hierzu wird das Bundesbildungsministerium empirische Forschung fördern. Bei diesem Thema haben wir noch eine erhebliche Wegstrecke zurückzulegen.

Ein Antrag der Koalitionsfraktionen zum Bildungsbericht 2014 findet sich hier: <http://bit.ly/1sGpp3h>

### Besuch der Kaffeerösterei Hochland



**Stuttgart** – Noch im vergangenen Jahr habe ich die fast 85 Jahre alte Stuttgarter Kaffeerösterei Hochland in Degerloch besucht. Im Gespräch mit Inhaberin Martina Hunzelmann (links) und ihrer Nichte ging es vor allem um das Thema „Fair Trade“, das im

Hause Hochland schon seit Jahrzehnten praktiziert wird – lange vor den ersten Zertifizierungen. Hier gilt das Motto, dass der Kaffee direkt vor Ort von ausgewählten und persönlich bekannten Kaffeebauern gekauft wird. Zwischenhändler gibt es nicht. Die Kaffeebauern sind zumeist in Kooperativen zusammengeschlossen, handeln eigenständig und verwalten sich selbst. Ein vorbildliches Unternehmen, das seit Jahren erfolgreich fairen Handel betreibt und auf die nicht immer unproblematischen Zertifikate und „Label“ verzichtet.

### Gespräche an der Uni Hohenheim



Mit Prof. Hinrichs bei der Besichtigung der hochmodernen Versuchsmolkerei des Instituts

**Stuttgart** – Unsere ausgezeichneten Stuttgarter Hochschulen und Forschungseinrichtungen ermöglichen es mir oft, mein Engagement als Fachpolitiker für Bildung und Forschung der Unionsfraktion mit der Wahlkreisarbeit zu

verbinden. Sehr gerne habe ich diesmal den Lehrstuhl von Prof. Dr. Jörg Hinrichs am Institut für Lebensmittelwissenschaft und Biotechnologie besucht. Er beschäftigt sich vor allem mit Molkereiprodukten und stellt auch eigenen Käse her. Auch der Rektor der Universität Hohenheim, Prof. Dr. Stephan Dabbert, war bei unserem Gespräch zum Thema Forschungsförderung anwesend. Sehenswert sind auch die Labore und Versuchsanlagen am Institut, die Firmen und Forscher aus aller Welt nach Hohenheim locken. Ein gutes Beispiel anwendungsbezogener Forschung an Universitäten, auf die wir ruhig etwas stolz sein dürfen!

### Treffen mit dem konsularischen Corps



Von links: Dr. Wolfgang Häfele (Honorarkonsul der Republik Irland), Andreas Friedrich (Honorarkonsul des Königreichs Belgien), PSts Markus Grübel MdB, Jose Carlos dos Reis Arsenio (Generalkonsul der Portugiesischen Republik), Zlatko Bucin (Konsul der Republik Serbien), Ahmet Akinti (Generalkonsul der Republik Türkei) und Klaus-Peter Wili (Stv. Schweizerischer Generalkonsul).

**Stuttgart** – Am Freitagabend, 9. Januar, habe ich das in Stuttgart ansässige konsularische Corps zu einem Gedankenaustausch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verteidigung, meinem Esslin-

ger Bundestagskollegen Markus Grübel, zu den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen eingeladen. Das vergangene Jahr und der Beginn dieses Jahres haben gezeigt, dass die Sicherheitspolitik uns in der nächsten Zeit sehr viel

stärker beschäftigen wird. Wir arbeiten hier eng mit unseren europäischen und außereuropäischen Partnern zusammen. Auch dieses Signal sollte vom Treffen mit den haupt- und ehrenamtlichen Konsulen ausgehen.

### Ehrung von Helmut Hellstern



**Stuttgart** – Ein freudiger Anlass brachte mich Anfang des Jahres ins Breitwiesenhaus in Gerlingen. Für 65 Jahre treue Mitgliedschaft und sein jahrzehntelanges Wirken im Kreisverband Stuttgart und im Ortsbezirk

Weilimdorf habe ich die Adenauer-Medaille der CDU Stuttgart in Gold an Helmut Hellstern überreicht. Er war unter anderem als Mitglied des Kreisvorstands und in der CDA aktiv. Über Jahre hat er die Plakatierung im Stadtbezirk übernommen. Mit dabei die Ehefrau von Helmut Hellstern, unser CDU-Landtagsabgeordneter Dr. Reinhard Löffler (2.v.r.), Regionalrat Jochen Lehmann (links) und CDU-Bezirksbeirätin Waltraud Illner. Danke für Ihre Treue, lieber Herr Hellstern!